

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe August 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- [Nicole Anliker: Die Stadt der Frauen](#)
- [Marie A v. Geyr: Für den Erhalt des Schreibrundunterrichts an allen Grundschulen](#)
- [Peter Hensinger: Trojanisches Pferd "Digitale Bildung"](#)
- [Matthias Bröckers interviewt von Marcus Klöckner: Ein letztes Aufbäumen in der verlorenen Schlacht um das Deutungsmonopol](#)
- [DLF Kontrovers: Wer ist schuld an der Eskalation?](#)
- [Wilfried Scharnagl: Zurück zu den Chancen](#)
- [Dieter Deiseroth: Der unerfüllte Verfassungsauftrag des Art. 26 Abs. 1 GG](#)
- [Darmstädter Signal: Neue Entspannungspolitik jetzt! – Zivilgesellschaft – Politik – Streitkräfte](#)

Zitat des Monats von [Michail Gorbatschow](#):

**Wir sollten aufhören, einander zu provozieren und andere Länder aufzumischen.
Von unseren beiden Staaten hängt der Weltfrieden ab,
und wir brauchen unbedingt Frieden,
wenn wir die anderen Probleme der Welt lösen wollen.**

- Nicole Anliker: **Die Stadt der Frauen**

In Kolumbien sind während des jahrzehntelangen Drogenkrieges viele Frauen aus ihrer Heimat geflüchtet. Seit 2003 haben sie auf Initiative einer Anwältin und mit in- und ausländischer Hilfe [begonnen, ihr von Gewalt bedrohtes Leben in die eigenen Hände zu nehmen](#). Sie haben sich im Norden Kolumbiens in der Provinz Cordoba, ein neues Zuhause geschaffen. Mit ihren eigenen Händen haben sie, die oftmals nicht einmal eine Schule besucht haben, Häuser gebaut, jedes 75 m² groß, eine Primarschule, ein Gemeinschaftszentrum, kleine Läden für den täglichen Bedarf.

Die Frauen haben sich damit ihren neuen Wohnort geschaffen, in dem inzwischen 500 Personen leben. Es ist keine Idylle, die Frauen sind arm, haben zum Teil sehr einfache Berufsmöglichkeiten, und die Kinder haben nach der Primarschule wenige Perspektiven. Aber es ist ein Anfang für ein Leben in Frieden, der die beteiligten Frauen stark und selbstbewusst gemacht hat. Hoffnung auf eine Veränderung ruht auf der jüngeren Generation, die von emanzipierten Müttern großgezogen wird.

[Nicole Anliker](#), Jg. 1983, studierte Geschichte und Politikwissenschaften. Sie arbeitet als Journalistin mit Schwerpunkt Mittel- und Südamerika (insbesondere Mexiko) und ist seit 2013 in der Auslandsredaktion der NZZ. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Marie A v. Geyr: **Für den Erhalt des Schreibschriftunterrichts an allen Grundschulen**

Es gibt Grundschulen in NRW und einigen anderen Bundesländern, die den Kindern keine Schreibschrift mehr beibringen. An diesen Schulen wird versucht, eine "Grundschrift" zu etablieren, deren Erfolgschance beim Schriftspracherwerb bis jetzt mit keiner wissenschaftlichen Studie belegt wurde. Es wird an den Kindern getestet, ob und wie gut die Kinder mit der Grundschrift flüssig schreiben lernen. Schon jetzt sind Probleme zu beobachten wie z.B.: betroffene Kinder können keine Schreibschrift mehr lesen, Lehrer und Eltern können das Schriftbild schwer entziffern, die Kinder schreiben wesentlich langsamer als geübte Schreibschriftschreiber, die Feinmotorik wird weniger ausgebildet. Die Grundschrift wird nie zu einer Schreibschrift, da sich nicht einmal die Hälfte aller Buchstaben verbinden lassen. All das ist zum Nachteil der Kinder. Dabei gibt es mit der Lateinischen Ausgangsschrift und der Schulausgangsschrift zwei potente Schreibschriften, mit denen Kinder - mit Fleiß - aber erwiesenermaßen flüssig schreiben. [Diese Schriften müssen im Lehrplan verankert werden](#). - Dies fordert die **Petition** von Marie A. v. Geyr.

Das passt zu den Erkenntnissen der Lehrerin Schulze Brüning: Deutschlands Schüler stehen auf Kriegsfuß mit der Handschrift. Jeder sechste Schüler kann nicht leserlich schreiben. Systematisches Üben gilt als vorgestrig. In ihrem Buch "[Wer nicht schreibt, bleibt dumm](#)" legt die Lehrerin dar, dass der Verfall der Handschrift ein folgenreiches Problem für unsere Gesellschaft insgesamt ist. Denn bei der Handschrift geht es um mehr als mangelnde Schönschrift. Die Handschrift ist ein Fundament des Lernens, der kommunikativen Fähigkeiten.

[Inhalt](#) ↑

- Peter Hensinger: **Trojanisches Pferd "Digitale Bildung"**

Peter Hensinger macht in seiner vielschichtigen Stellungnahme darauf aufmerksam, dass die Hauptinitiative für die Digitalisierung der Bildung von der IT-Branche kommt. Kinderärzte, Pädagogen, Lernpsychologen oder Neurowissenschaftler zählen nicht zu den Initianten. Vielmehr warnen viele namhafte Vertreter dieser wissenschaftlich ausgebildeten Berufsstände vor einer mit der Digitalisierung verbundenen Dehumanisierung der Schule. Es handelt sich nicht zuletzt um ein Geschäft mit dem Datenhandel, der in den Jahren von 2011 bis 2016 von 23,6 auf 160,6 Mrd. Euro gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Smartphones von 26 % auf 92 %.

Die Rahmenbedingungen für Erziehung und Sozialisation werden durch z.B. Smartphones radikal verändert: Erstens wird der Einzelne gläsern; dies muss den Kindern bewusst gemacht werden. Außerdem stört das [Spielen mit Smartphones die Gehirnentwicklung](#), da die dafür

wichtigen dreidimensionalen Bewegungsaktivitäten eher unterbleiben. Das Hinwenden zu einem Bildschirm geht einher mit der Abwendung von der Natur, sodass wichtige Erlebnis- und Erfahrungsräume in der Persönlichkeitsentwicklung fehlen. Parallel dazu erfolgt die Konditionierung zum Konsum. Es können sogar Suchtprobleme entstehen. Da zudem die Kommunikation der Eltern vermehrt mit ihren eigenen digitalen Geräten und weniger mit ihrem Kind stattfindet, läuft dieses Gefahr, depressiv zu werden.

An den Schulen zielen die Interessenten der Digitalisierung nicht auf das Nutzen von Rechnern als Hilfsmittel; sie zielen auf die Übernahme der Erziehung selbst durch die digitalen Medien. Es geht um Lernprogramme, die den vereinzelt Schülern Anweisungen geben und auch gleich die Bewertung der Schüler vornehmen können. Die Schüler sollen nur noch anwendungsorientierte Kompetenzen lernen, über die das Lernprogramm entscheidet; alle übrigen Bereiche der Kultur bleiben ausgeklammert. Der Mensch soll entmündigt, kontrollier- und steuerbar werden. Das fordert, kaum verschleiert, sogar der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI).

Als Folgen belegen Studien u.a. Aufmerksamkeits- und Konzentrationsschwächen, ein höheres Ablenkungspotential, eine deutliche Verstärkung der sozialen Spaltung, Verschlechterung von Schulleistungen, Hemmung der Sprachentwicklung und Verlust der Empathiefähigkeit.

Zudem werden digitale Lehrangebote die Bildungschancen nicht demokratisieren und die Bildungsoptionen bildungsferner Schichten werden durch den Einsatz digitaler Techniken geringer. Der Unterricht und das Lernen scheitern generell zunehmend durch Medialisierung und Digitalisierung.

Daher fordert Hensinger: Kinder und Jugendliche brauchen eine Verwurzelung in der Realität. Sie brauchen bis einschließlich Grundschule digitalfreie Oasen, damit sie die Lernerfahrungen machen, die zu ihrer kognitiven Entwicklung passen. Erst ab dem 12. Lebensjahr dürfen digitale Medien schrittweise als Hilfsmittel eingeführt werden; parallel müssen die Kinder deren Nutzen und Risiken kennenlernen. Dazu braucht es entsprechende Bildungspläne und Lehrerbildung. Der Umgang mit den neuen Techniken muss in das Bildungsangebot integriert werden, darf es aber nicht ersetzen.

[Peter Hensinger](#), M.A., Jg. 1948, studierte Germanistik, Linguistik und Pädagogik. Bei der Verbraucherorganisation Diagnose-Funk e.V. ist er Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs Wissenschaft, Vorstandsmitglied im Kreisverband Stuttgart des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Matthias Bröckers interviewt von Marcus Klöckner: **Ein letztes Aufbäumen in der verlorenen Schlacht um das Deutungsmonopol**

In seinem neuen Buch „[König Donald – Die unsichtbaren Meister und der Kampf um den Thron](#)“ stellt Matthias Bröckers die politische Entwicklung in den USA als Kampf unterschiedlicher Fraktionen literarisch verfremdet dar. Wie es zu dieser Art der Darstellung des Kampfes um die Macht kam, legt Bröckers im Interview mit Marcus Klöckner dar.

Bei diesem Kampf spielen die Medien eine große Rolle. Die Leitmedien gehen auf Trumps Wahlkampfaussagen nicht ein, weil diese nicht im Sinne der Rüstungsindustrie sind. Diese Polarisierung zwischen Trump und den Leitmedien passt auch zu dem Fakt, dass man sich ohne die Internetquellen nicht mehr seriös informieren kann. Daher ist es für Bröckers nur logisch, wenn der durch die Leitmedien bekämpfte Trump via Twitter direkt mit seinem Wahlvolk kommuniziert.

Bröckers zeigt uns ein weiteres Beispiel, wie Medien mit Persönlichkeiten umgehen, die den die Medienmeinung bestimmenden Kräften nicht genehm sind. Das Interview ist interessant, auch wenn es bereits im März 2017 ins Netz gestellt wurde. (Red.)

[Matthias Bröckers](#), Jg. 1954, Journalist und Mitbegründer der Tageszeitung taz; Autor u.a. des Buches "Wir sind die Guten - Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren", in dem er u.a. den Massenmedien - von wenigen Ausnahmen abgesehen - vorwirft, alles über Bord geworfen zu haben, was Journalismus ausmacht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- DLF Kontrovers: **Wer ist schuld an der Eskalation?**

Am 14.08.2017 moderiert Tobias Armbrüster die Diskussion über die Nordkorea-Krise, die zwischen Prof. C Hacke (Politikwissenschaftler, Uni Bonn), R. Kiesewetter (CDU-MdB, Obmann des Auswärtigen Ausschusses), D. Ganser (Publizist, Historiker) und Zuhörern im Deutschlandfunk stattfindet. (Audio, 1h10)

Die Meinungen stimmten insofern überein, dass eine Deeskalation beider Seiten (USA und Nordkorea) und eine eigenständige europäische Position für wünschenswert gehalten wurden. Auch sahen die Teilnehmer (nicht alle Anrufer) in dem Konflikt keinen Stellvertreterkrieg zwischen USA und China, sondern hinsichtlich Nordkorea eine weitgehend nicht von China ferngesteuerte Politik, die vor allem aus dem Verteidigungsbedürfnis Nordkoreas und seiner anzuerkennenden Souveränität (trotz diktatorischer innerer Strukturen) begründet wird. Einig war man sich auch in der Einschätzung, dass von Nordkorea keine reale Gefahr im Sinne eines Angriffskrieges ausgeht.

[Die Meinungen unterschieden sich in der Analyse der Ursachen](#). Daniele Ganser betonte die seit vielen Jahren zu beobachtende Aggressivität der USA, die Angriffskriege auch unter Bruch des Völkerrechts führen. Hacke und die überwiegende Anzahl der Hörer konnten sich dieser Einschätzung, wenn auch teilweise indirekt, anschließen. Kiesewetter (und zwei Hörer), der in diesem Beitrag und auch sonst immer wieder die "nukleare Teilhabe" Deutschlands ins Gespräch bringt, bezeichnete die von Ganser und einigen Hörern eingebrachten historischen Fakten als "Verschwörungstheorie".

Auch bei der Einschätzung des Atompotenzials gab es Meinungsverschiedenheiten: Ganser sieht zwar einen weltweiten Abbau aller 16'000 existierenden Atomsprenköpfe als wünschenswertes Ziel, zugleich aber auch eine Berechtigung der kleineren Staaten, einen Atomwaffensperrvertrag nicht anerkennen zu müssen, der die Atomstreitmächte gegenüber den anderen bevorteilt – ohne dass sie sich selbst an dessen Verpflichtung halten, Atomsprenköpfe zu vernichten. Dagegen wurde argumentiert, dass die nukleare Bewaffnung nicht aus der Welt zu schaffen sei und sogar zur Vermeidung von Kriegen beigetragen habe.

[Inhalt](#) ↑

- Wilfried Scharnagl: **Zurück zu den Chancen**

Die vorherrschende Einseitigkeit im Urteil der westlichen Welt über Russland ist für den Autor weniger als die halbe Wahrheit. Angesichts dramatischer Krisen in der Welt, ob in der Ukraine oder im Nahen Osten, die nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland zu lösen sind, sei es absurd, sich Lösungen vom Reden **über** Putin zu erwarten, wo allein Reden **mit** Putin die Chance zu Lösungen in sich hätte. Zur notwendigen Aufhellung und zur Sicherung des Friedens bedürfe es auch im Westen einer Änderung der Politik gegenüber Russland: [Weg von einer antirussischen Einseitigkeit](#) und zurück zu den Chancen und Möglichkeiten, die es in der Zeit der Wende in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts gab.

Wilfried Scharnagl ist Publizist und war bis 2001 Chefredakteur der CSU-Parteizeitung "Bayernkurier". Im Mai erschien im Keyser Verlag sein aktuelles Buch "Am Abgrund - Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland.". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Dieter Deiseroth: **Der unerfüllte Verfassungsauftrag des Art. 26 Abs. 1 GG**

Am 01.01.2017 trat der von der Bundesregierung am 1. Juni 2016 eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des deutschen Völkerstrafgesetzbuches (VStGB) in Kraft. Damit wurde der Straftatbestand des Aggressionsverbrechens als neuer § 13 VStGB geschaffen. Gleichzeitig wurde § 80 des Strafgesetzbuches (StGB) alter Fassung über die [Strafbarkeit des Angriffskrieges](#) gestrichen und die bisherige Regelung in § 80a StGB über die strafbare Anstachelung zum Angriffskrieg durch den Gesetzgeber neu gefasst.

Im Völkerrecht ist das Verbrechen der Aggression in Art. 5 Abs. 1d des Römischen Statuts 2010 definiert und fällt in die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag. Mit dem am 01.01.2017 in Kraft getretenen o.g. Gesetzen wird das Römische Statut in Deutschland umgesetzt (auch wenn [Art. 8^{bis} des Römischen Statuts](#) noch nicht komplett aktiviert ist).

Dieter Deiseroth nimmt nach sorgfältiger Überprüfung folgende Bewertung vor:

Der neue § 13 VStGB beseitigt die Missverständnisse, die aus dem alten § 80 StGB hinsichtlich des Führens eines Angriffskrieges herrschten. Obwohl nach Art. 25 Satz 2 GG das Römische Statut als allgemeine Regel des Völkerrechts zum Bundesrecht erklärt wird, übernimmt § 13 VStGB nicht die dort definierten Einzeltatbestände, sondern verweist auf deren Auslegung und Anwendung. In [§ 13 Abs. 1 VStGB](#) werden nach Auffassung von Deiseroth eine "humanitäre Intervention" und eine "präventive Selbstverteidigung" nicht unter Strafe gestellt, obwohl sie als Anwendung militärischer Gewalt eindeutig unter das Gewaltverbot nach Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta fallen, auch wenn von 1945 bis 1999 insgesamt 17 militärische Aktionen als "humanitäre Interventionen" ausgegeben wurden.

Entgegen dem Römischen Statut ist die Strafbarkeit von Aggressionsverbrechen im Grundgesetz (Art. 26 Abs. 1) weiter gefasst. Da "Beteiligter" einer Straftat nach dem neuen § 13 Abs. 3 VStGB nur Angehörige einer Führungsebene sein können, wird die Neufassung dem Grundgesetz nicht gerecht. Zudem kann ein Soldat kaum strafrechtlich belangt werden, und seine Gehorsamsverpflichtung ist weniger transparent. Zu bemängeln sei auch, dass nicht staatliche Akteure straffrei bleiben.

Entgegen der Verfassungsvorschrift werden Planung, Vorbereitung oder Einleitung eines Angriffskrieges nur noch strafbar, wenn es tatsächlich zum Angriffskrieg kommt. Das Verbrechen der Aggression soll nach dem neu gefassten § 1 VStGB nur noch dann strafbar sein, wenn sich diese gegen die BRD richtet; das Weltrechtsprinzip wurde hier gestrichen.

Hinsichtlich der Strafverfolgung gibt Deiseroth zu bedenken, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Generalbundesanwalt vom politischen Vertrauen des Bundesjustizministers abhängig ist und damit kaum in der Lage ist, eine Strafverfolgung gegen Bundestags- und Bundeswehrmitglieder durchzuführen.

Zu bemängeln sei auch, dass mit dem neuen [§ 80a StGB](#) eine Strafbarkeitslücke bzgl. "friedensstörender Handlungen" und Kriegspropaganda" bleibe.

Der Kritik von Deiseroth schließt sich Wolfgang Bittner weitgehend an und betont den mit der neuen Gesetzeslage gegebenen weiten [Spielraum für Interpretationen](#). Bittner weist zudem darauf hin, dass die UN-Charta völkerrechtswidrige "humanitäre Interventionen", "präventive Selbstverteidigung" oder "Nothilfe" (wie zum Beispiel im Kosovo-Krieg) in der Vergangenheit nicht verhindert habe. Dazu passt, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kürzlich eine "Ausweitung des deutschen Bundeswehr-Engagements" gefordert hat

Niki Vogt macht neben der Kritik an der beklagenswerten Berichterstattung über die Gesetzesänderung darauf aufmerksam, dass [von der Verfolgung einer in §13 VStGB definierten Straftat abgesehen](#) werden kann, wenn die Tat im Ausland erfolgte bzw. der Täter sich im Ausland aufhält oder wenn schwerer Nachteil für die BRD oder das öffentliche Interesse entsteht.

Der Gesetzentwurf wurde mit der Drucksache. [18/8621](#) in den Bundestag eingebracht. Die beschlossenen Änderungen des VStGB und des StGB wurden per [Bundesgesetzblatt 2016 Teil I Nr. 65, 3150/3151](#) verkündet.

[Dieter Deiseroth](#), Jg. 1950, von 2001 bis 2015 Richter am Bundesverwaltungsgericht; seit Jahren ehrenamtliches Mitglied der Wissenschaftlichen Beiräte der IALANA, der IPPNW, des Forums Justizgeschichte sowie der Humanistischen Union; seit 1999 Mitglied der Jury zur Vergabe des Whistleblower-Preises. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Darmstädter Signal: **Neue Entspannungspolitik jetzt! – Zivilgesellschaft – Politik – Streitkräfte**

Das Darmstädter Signal / Forum Kritischer Soldaten lädt zu einer Tagung in Königswinter ein, die vom 13. bis 15.10.2017 stattfinden wird. Interessenten können sich bis zum 22.09.2017 bei [Florian Kling](#) anmelden.

Die Redaktion weist gerne auf diese Veranstaltung und deren [Programm](#) hin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑